

Deutsche zweifeln an der Qualität und Erschwinglichkeit stationärer Pflege: Einstellungen zur Pflege in Deutschland und Europa

Dittmann, Jörg

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Dittmann, J. (2008). Deutsche zweifeln an der Qualität und Erschwinglichkeit stationärer Pflege: Einstellungen zur Pflege in Deutschland und Europa. *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, 40, 1-6. <https://doi.org/10.15464/isi.40.2008.1-6>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more Information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Sozialberichterstattung
Gesellschaftliche Trends
Aktuelle Informationen

Eine **gesis** Publikation

Inhalt

Deutsche zweifeln an der Qualität und Erschwinglichkeit stationärer Pflege	1
Was fehlt bei Hartz IV?	7
Freizeit zunehmend durch Fernsehen bestimmt	11
„Social Reporting in Europe: Migration and Integration“ Konferenzbericht	15
„Are Things Getting Better or Worse, and Why? The Role of Social Indicators to Inform Public Policy“ Veranstaltungshinweis	15
34. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie Unsichere Zeiten. Herausforderungen gesellschaftlicher Transformationen	16

Deutsche zweifeln an der Qualität und Erschwinglichkeit stationärer Pflege

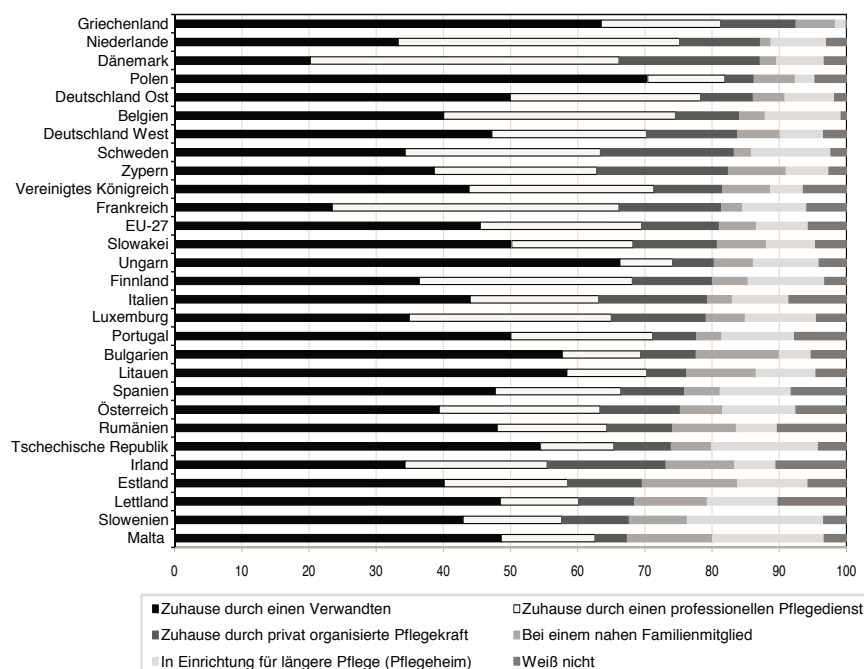
Einstellungen zur Pflege in Deutschland und Europa

Zu den Folgen des demographischen Wandels in Deutschland gehört der Anstieg pflegebedürftiger Älterer. Vorausschätzungen des Statistischen Bundesamtes (2008) gehen davon aus, dass die Zahl der Pflegebedürftigen hierzulande von 2,1 Millionen im Jahr 2005 auf 3,4 Millionen im Jahr 2030 ansteigen wird. In vielen anderen Ländern der Europäischen Union ist in den kommenden Jahrzehnten ebenfalls mit einer deutlichen Zunahme der Anzahl der Pflegebedürftigen zu rechnen.¹ Damit der wachsende Bedarf an Pflege und Betreuung älterer Menschen angemessen bewältigt werden kann, ist es von zentraler Bedeutung die Sichtweisen und Erwartungshaltungen der Bevölkerung zu berücksichtigen. Auf der Basis einer aktuellen europaweiten Umfrage verortet der folgende Beitrag die Einstellungen der Deutschen zur Pflege im europäischen Kontext. Welchen Stellenwert besitzen ambulante Pflegeformen gegenüber stationärer Pflege und welche Bedeutung kommt insbesondere der Pflege durch Familienangehörige zu? Wie wird die Qualität von Pflegeleistungen beurteilt, und wie wird die Erschwinglichkeit verschiedener Pflegeformen im Bedarfsfall eingeschätzt? Das sind einige der Fragen, denen im Folgenden nachgegangen werden soll.

In den Mitgliedsländern der EU sind Staat und Familie unterschiedlich stark in die Pflege involviert und die Angebote an Versorgungsdiensten für ältere Pflegebedürftige variieren beträchtlich. Mit Blick auf die staatliche und private Pflegeversorgung können die EU-Länder mehreren Gruppen zugeordnet werden, die weitgehend der Wohlfahrtstypologie von Esping-Andersen (1990) entsprechen. Die sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaaten Dänemark, Finnland, Schweden und die Niederlande weisen umfangreiche wohlfahrtsstaatliche Pflegeleistungen bei schwacher familialer Einbindung auf. Die Verantwortung für die Pflege Älterer wird in diesen Ländern häufig in die Hände des Staates gelegt. In EU-Ländern mit wirtschaftsliberaler Wohlfahrtsausrichtung, wie dem Vereinigten Königreich, wird die Organisation der Pflege im Wesentlichen durch individuelle Verantwortlichkeit und private Vorfinanzierung bestimmt. In den Ländern mit eher statuskonservierenden Wohlfahrtsregimen, zu denen Deutschland, Frankreich

und Österreich gezählt werden, ist die Pflege stärker an der Familie ausgerichtet. Dies gilt auch für die „residualen“ Wohlfahrtsregime Südeuropas (Portugal, Spanien, Italien) und die ex-sozialistischen Wohlfahrtsregime der osteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten. Die meisten südeuropäischen Gesellschaften sind durch ein vergleichsweise geringes Beschäftigungsniveau der Frauen, begrenzte wohlfahrtsstaatliche Leistungen, aber starke traditionelle Familienstrukturen geprägt. In diesen Ländern bestehen zum Teil gesetzliche Verpflichtungen der Kinder gegenüber (pflege-) bedürftigen Eltern. In vielen osteuropäischen Mitgliedsländern ist die Pflegeunterstützung durch den Staat ebenfalls sehr gering und die Pflege wird primär durch die Familie geleistet, obwohl die Frauenvollzeiterwerbstätigkeit vergleichsweise hoch ist.

In Deutschland ist die Pflege durch einen Mix aus staatlicher und privater Fürsorge organisiert. Wie im Mittelmeerraum, in Frankreich

Grafik 1: Präferenz für unterschiedliche Pflegeformen (in Prozent)

Indikator: „Es gibt verschiedene Arten der Unterstützung, die man erhalten kann, wenn man auf regelmäßige Hilfe und längere Pflege angewiesen ist. Welche Art der Betreuung wäre Ihnen am liebsten?“

Datenbasis: Eurobarometer 67.3 (Herbst 2007)

in Deutschland im europäischen Vergleich, und lassen sich die Länderunterschiede im Sinne der Wohlfahrtstypologie von Esping-Andersen interpretieren? Zudem werden im Anschluss zentrale subjektive Indikatoren der Pflegepraxis dargestellt. Mit dem Eurobarometer 67.3 aus dem Jahre 2007 liegt eine aktuelle Umfrage vor, in der die Bürger der 27 EU-Länder (26.659 Befragte) zu ihrer Präferenz für verschiedene Pflegeformen sowie zu ihrer Einschätzung des Zugangs, der Qualität und der Erschwinglichkeit der Pflege befragt wurden.

Mehrheit der Europäer präferiert häusliche Pflege

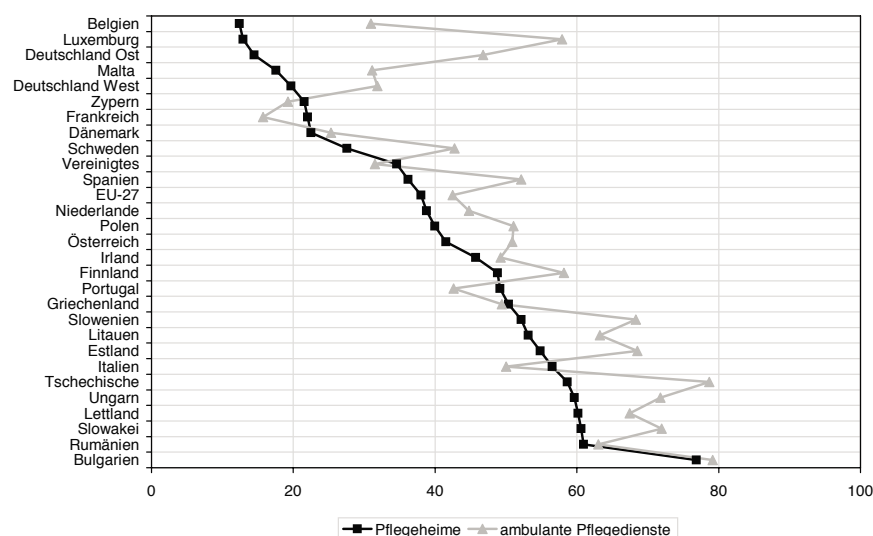
Unsere Analysen zeigen, dass in allen Ländern der EU-27 die häusliche Pflege der stationären Pflege vorgezogen wird: Vier Fünftel der EU-Bürger möchten im Falle von Pflegebedürftigkeit zuhause gepflegt werden (Grafik 1). Auch in Deutschland wünschen sich mehr als vier Fünftel der Befragten (West: 84%, Ost: 86%), im Bedarfsfall zuhause gepflegt zu werden. Von der starken Präferenz für die häusliche Pflege weichen lediglich die osteuropäischen Länder Tschechische Republik und Slowenien sowie Malta ab. In diesen Ländern ziehen es immerhin 15 bis 20% der Befragten in Betracht, im Fall von Pflegebedürftigkeit in ein Pflegeheim zu gehen. In diesen Ländern, wie auch in Bulgarien und Estland, würden 10% die eigene Wohnung ebenfalls aufgeben, um für eine familiennahe Pflege zu Angehörigen zu ziehen.

Die Gründe, die gegen die stationäre Pflege sprechen, sind offensichtlich. Neben der Aufgabe des gewohnten Umfeldes und dem

und in Österreich sind hier die direkten Verwandten zu Unterstützungsleistungen älterer Angehöriger verpflichtet. Dabei hat sich die Pflegepraxis insbesondere in Deutschland im letzten Jahrzehnt stark verändert: Seit der Einführung der Pflegeversicherung im Jahre 1995 ist ein offener Markt ambulanter pflegerischer Dienstleistungen entstanden, der von öffentlichen, gemeinnützigen und privaten Anbietern getragen wird. Zudem wird die private Hilfe nicht mehr ausschließlich als „ehrenamtliche“ Tätigkeit wahrgenommen, da die Pflegeversicherung nicht nur die Leistungen der ambulanten Pflegedienste und der teil- und vollstationären Pflege, sondern auch die private bzw. privat organisierte häusliche Pflege sowie Kombinationsleistungen aus ambulanter und privater Dienstleistung zumindest teilfinanziert. Mit der Pflegereform zum 1. Juli 2008 wird durch Leistungserhöhungen, erweiterte Beratungsmöglichkeiten und die Einführung der Pflegezeit für Erwerbstätige eine weitere Verbesserung der Situation für Pflegebedürftige, Angehörige und Pflegekräfte angestrebt.

Eine angemessene Bewältigung des wachsenden Pflegeaufkommens bemisst sich nicht alleine an dem Umfang und der Schwere der Pflegefälle und den dafür zur Verfügung stehenden Ressourcen (Personal, Pflegeplätze, medizinische Geräte), sondern schließt die Perzeption, die Bewertung und die Erwartungshaltung der Bevölkerung ein. In diesem Beitrag wird deshalb international vergleichend die Pflegepraxis aus Sicht der Bevölkerung sowie deren Werthaltungen zu bestimmten Pflegeformen untersucht. Zunächst wird der Frage

nachgegangen, ob die eingangs skizzierte Pflegepraxis den Pflegepräferenzen in der Bevölkerung entspricht. Wird die häusliche Pflege der stationären Pflege vorgezogen und soll die häusliche Pflege durch Familienangehörige, durch privat organisierte Pflege oder durch ambulante Pflegedienste geleistet werden? Wie gestaltet sich die Pflegepräferenz

Grafik 2: Zugang zu Pflegediensten (Prozentanteile „schwierig“)

Indikator: „Bitte denken Sie noch mal an Ihre eigenen Erfahrungen oder die Erfahrungen von Menschen aus Ihrem Umfeld und sagen Sie mir, wie einfach oder schwierig in [Land] die Erreichbarkeit und der Zugang zu folgenden Gesundheitsdiensten sind. Dabei geht es nur um die Verfügbarkeit und Erreichbarkeit, nicht um die Erschwinglichkeit oder darum, welche und wie viele Gesundheitsleistungen angeboten werden.“ Antwortvorgaben: Sehr einfach, ziemlich einfach, ziemlich schwierig, sehr schwierig, weiß nicht. Dargestellt sind ‚ziemlich schwierig‘ und ‚sehr schwierig‘.

Datenbasis: Eurobarometer 67.3 (Herbst 2007)

drohenden Verlust an Selbstbestimmung und Privatheit, die mit dem Leben im Heim verbunden sind, ist die stationäre Pflege in der Regel wesentlich kostenintensiver als die häusliche Pflege durch Familienangehörige. Folgt man den Präferenzen der Bürger, erscheint eine stärkere Inanspruchnahme stationärer Pflegeeinrichtungen zukünftig eher unwahrscheinlich, jedoch ist durch die zukünftig besonders starke Zunahme der über 80-Jährigen eine wachsende Zahl schwer pflegebedürftiger und dementer Menschen zu erwarten, für die – trotz des Wunsches nach häuslicher Pflege – eine stationäre Versorgung unumgänglich sein kann.

Skandinavien und Bürger der Benelux-Staaten nehmen ambulante Dienste besonders stark als Pflegeoption wahr

Grafik 1 zeigt, dass nicht in allen EU-Staaten die familiäre häusliche Betreuung gleichermaßen präferiert wird. In den Ländern mit einer sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaatstradition, wie den skandinavischen Mitgliedsstaaten und den Niederlanden, aber auch in Belgien und Luxemburg sowie in Irland und Zypern wird die häusliche Pflege durch ambulante Dienste mehrheitlich als beste Lösung betrachtet. Im Gegensatz dazu ist in den meisten ost- und südeuropäischen Mitgliedsländern der Wunsch nach häuslicher Pflege durch Familienangehörige besonders stark ausgeprägt. Auch in Deutschland überwiegt der Wunsch nach Pflege durch Familienangehörige mit einem Anteil von 47% in West- und 50% in Ostdeutschland. Immerhin 36% der Deutschen wünschen sich professionelle häusliche Pflege, was die gegenwärtige Inanspruchnahme ambulanter Dienste durch 22% aller gemeldeten Pflegebedürftigen (Statistisches Bundesamt 2008) deutlich übersteigt.

Vier Fünftel der Deutschen bewerten den Zugang zu Pflegeheimen positiv

In der vorliegenden Eurobarometer-Umfrage wurde erhoben, wie die Bevölkerung die Pflegesituation in ihrem Land erlebt und bewertet. Die Bewertung der Zugangsmöglichkeiten zu Pflegediensten, die Erschwinglichkeit und die Beurteilung der Qualität der professionellen Pflege, um die es nachfolgend geht, berühren insbesondere im Bedarfsfall zentrale Aspekte des subjektiven Wohlbefindens. Die perzipierte Pflegesituation liefert außerdem Hinweise dafür, welche Pflegeform in einer Gesellschaft als besonders attraktiv wahrgenommen wird. Wenn es zutrifft, dass die Pflegepräferenzen mit der subjektiv wahrgenommenen Versorgungslage zusammenhängen, sollten professionelle ambulante oder stationäre Pflegearrangements umso seltener gewünscht werden, je schlechter die Versorgung mit professioneller ambulanter oder stationärer Pflege eingeschätzt wird.

Wie aus Grafik 2 hervorgeht, erscheint den Befragten in den osteuropäischen Mitgliedsstaaten der Zugang zu Pflegediensten wesentlich schwieriger als in den übrigen EU-Ländern. Rund drei Viertel der Bulgaren, Tschechen,

Slowaken und Ungarn klagen über ziemlich oder sehr schwierige Zugangsmöglichkeiten zu ambulanter Pflege. In den skandinavischen Ländern und den Benelux-Staaten hingegen, wo ambulante Pflegedienste besonders stark präferiert werden, wird der Zugang zu ambulanter Pflege als wesentlich leichter angesehen, wobei sich diese Länder in ihren Einschätzungen bereits nennenswert unterscheiden. Während in Dänemark (25%) und Belgien (31%) der Zugang zu ambulanter Pflege nur von einer Minderheit als schwierig erachtet werden, belaufen sich die entsprechenden Anteile in Finnland und Luxemburg auf mehr als 50%. In Frankreich, wo eine besonders hohe Präferenz für ambulante Pflege zu beobachten ist, werden die Zugangsmöglichkeiten am optimistischsten eingeschätzt. Nur 16% der Franzosen schätzen den Zugang zu ambulanten Pflegediensten als schwierig ein.

Für Deutschland fällt die besonders schlechte Bewertung der Versorgung mit ambulanten Diensten in den neuen Bundesländern auf. Während 32% der Westdeutschen – und damit deutlich weniger als der EU-Durchschnitt von 43% – den Zugang zu ambulanter Pflege für schwierig halten, liegt der Anteil in Ostdeutschland bei 47%. Ob die schlechte Bewertung der Zugangsmöglichkeiten in Ostdeutschland mit einem tatsächlich unzureichenden Angebot an ambulanten Pflegediensten zusammenhängt, kann an dieser Stelle nur spekuliert werden.

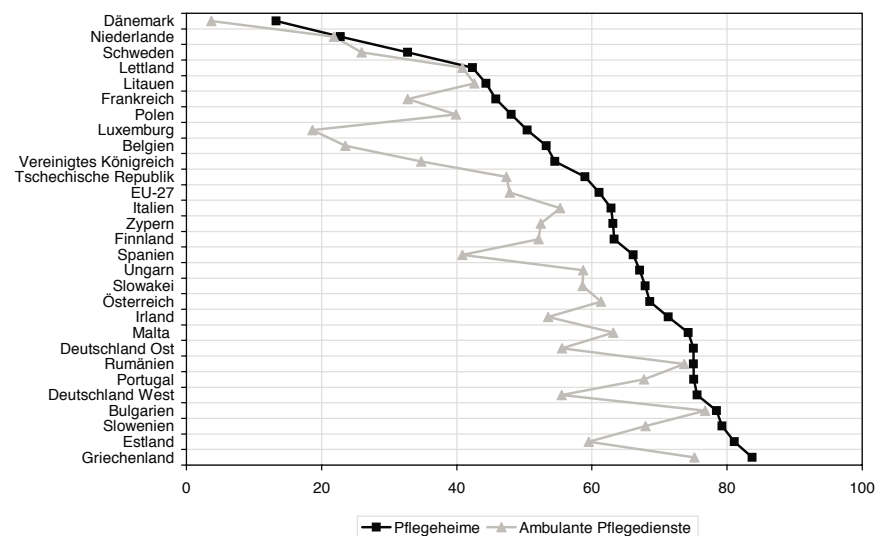
In Grafik 2 sind auch die Bewertungen der Zugangsmöglichkeiten zu stationärer Pflege abgebildet. Europaweit hält gut ein Drittel der Menschen (37%) stationäre Pflegeeinrichtungen für schwer zugänglich. Die Einschätzungen in den verschiedenen Ländern entsprechen nur teilweise der Wahrnehmung des Zugangs

zu den ambulanten Pflegediensten. Zwar sind es wiederum die osteuropäischen Länder, in denen der Zugang zu Pflegeheimen am schwierigsten eingeschätzt wird. Neben den Belgiern und Franzosen, die bereits den Zugang zu ambulanter Pflege EU-weit am besten eingeschätzt haben, sehen aber vor allem auch die Deutschen den Zugang zu Pflegeheimen als unproblematisch an (West: 20%, Ost: 15%).

Drei von vier Deutschen halten stationäre Pflegedienste für nicht erschwinglich

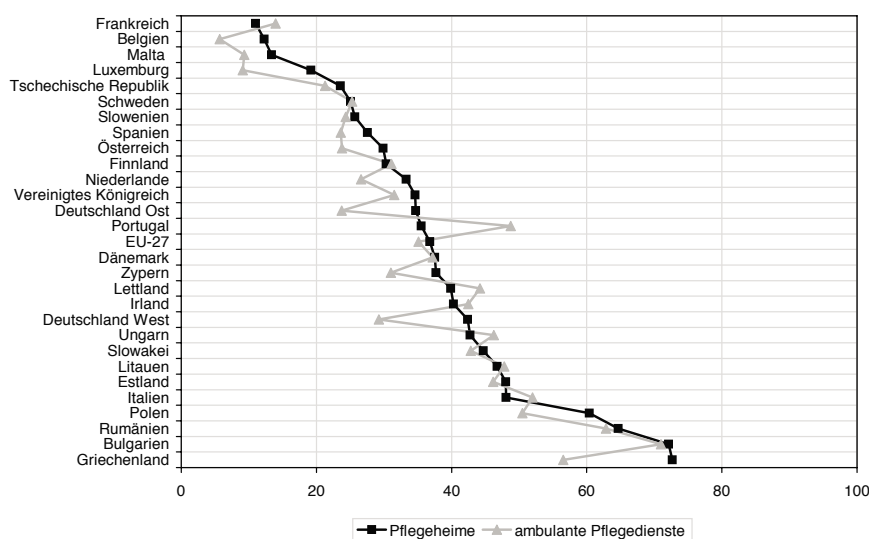
Wenn hohe Pflegekosten entstehen und den Betroffenen die finanziellen Mittel für professionelle Pflegedienste fehlen, wird die außerfamiliäre Pflege unerschwinglich. Insgesamt werden Pflegeheime in allen EU-Mitgliedsstaaten als schlechter bezahlbar eingeschätzt als die ambulanten Pflegedienste, doch ergeben sich zwischen den EU-Mitgliedsstaaten erhebliche Unterschiede in der Bezahlbarkeit: In den Ländern mit sozialdemokratischem Wohlfahrtsregime (Skandinavien, Niederlande) sowie Frankreich und Belgien, die überdurchschnittlich die professionelle ambulante Pflege präferieren, werden ambulante aber auch stationäre Pflegedienste eher für erschwinglich gehalten als in den süd- und osteuropäischen Mitgliedsstaaten. In der aktuellen Eurobarometer-Umfrage gaben nur 13% der Dänen an, dass sie oder nahestehende Familienangehörige sich stationäre Pflegedienste finanziell nicht leisten können; ambulante Pflege können sich nur 4% der Dänen nicht leisten (Grafik 3). Demgegenüber fallen die Bewertungen in den meisten ex-sozialistischen und südeuropäischen Mitgliedsstaaten der EU-27 negativ aus. Gerade einmal rund ein Viertel der Bulgaren, Griechen und Rumänen sieht sich finanziell in der Lage, professionelle am-

Grafik 3: Erschwinglichkeit der Pflege (Prozentanteile „nicht erschwinglich“)



Indikator: „Wenn Sie jetzt an die Erschwinglichkeit der medizinischen Dienste in [Land] denken, bitte sagen Sie mir für jeden der folgenden Gesundheitsdienste, ob er für Sie persönlich oder Menschen aus Ihrem Umfeld sehr erschwinglich, ziemlich erschwinglich, nicht sehr erschwinglich oder überhaupt nicht erschwinglich ist.“ Dargestellt sind ‚nicht sehr erschwinglich‘ oder ‚überhaupt nicht erschwinglich‘.

Datenbasis: Eurobarometer 67.3 (Herbst 2007)

Grafik 4: Qualität der Pflege (Prozentanteile „schlecht“)

Indikator „Bitte denken Sie jetzt an Ihre eigenen Erfahrungen mit dem Gesundheitswesen in [Land] und an die Erfahrungen von Leuten aus Ihrem Umfeld. Sagen Sie mir bitte, ob die Qualität der folgenden Gesundheitsdienste Ihrer Meinung nach sehr gut, ziemlich gut, ziemlich schlecht oder sehr schlecht ist.“ Dargestellt sind ‚ziemlich schlecht‘ oder ‚sehr schlecht‘.

Datenbasis: Eurobarometer 67.3 (Herbst 2007)

bulante Pflegedienste in Anspruch zu nehmen, und nur ein Fünftel der Bevölkerung hält die stationäre Pflege für erschwinglich.

In Deutschland werden stationäre und ambulante Pflegedienste häufiger für unerschwinglich gehalten als im EU-Durchschnitt. 55% der Deutschen betrachten ambulante Dienste als zu teuer. Noch dramatischer fällt hierzulande der Befund für Pflegeheime aus: Rund 75% der Deutschen halten die stationären Dienste für nicht erschwinglich! Eine solche Negativschatzung findet sich in keinem anderen Land mit vergleichbarem Wohlfahrtstypus. Die vergleichsweise hohen Kosten, die hierzulande bei der Unterbringung in Pflegeheimen anfallen, dürften der Hauptgrund dafür sein, warum nur ein Viertel der Deutschen die stationäre Pflege für bezahlbar hält.² Die Tatsache, dass in Deutschland wie auch in anderen Mitgliedsstaaten professionelle Pflegedienste oftmals nicht für erschwinglich eingeschätzt werden, dürfte die Präferenzen und Inanspruchnahme ambulanter und stationärer Pflegedienste erheblich mindern.

Qualitätseinschätzung der stationären Pflege in Deutschland besonders negativ

Ein weiterer Aspekt ist die wahrgenommene Qualität der ambulanten und stationären Pflegeleistungen. Während die Qualität der ambulanten Pflegeleistungen von mehr als 90% der Belgier und Luxemburger, 86% der Franzosen und 75% der Schweden als gut bis sehr gut bezeichnet wird, bewertet sie die überwiegende Zahl der ost- und südeuropäischen Länder als sehr viel schlechter (Grafik 4). Insbesondere in Bulgarien und Rumänien wird die Qualität der ambulanten Pflegedienste als ‚ziemlich schlecht‘ oder ‚sehr schlecht‘ bewertet (71 bzw. 63%). In Deutschland werden die ambulanten Pflegedienste zwar häufig als

nicht erschwinglich angesehen, aber es wird weitaus seltener an deren Qualität gezweifelt: 71% der West- und 76% der Ostdeutschen halten die Qualität der ambulanten Pflege für ‚ziemlich gut‘ bis ‚sehr gut‘, während der EU-Durchschnitt bei 65% liegt. Vor diesem Hintergrund ist eine wachsende Nachfrage nach ambulanten Pflegeleistungen in Deutschland zu erwarten.

In den meisten Ländern wird die Qualität der stationären Pflege ähnlich beurteilt wie die der ambulanten Pflegedienste. Ganz anders fällt der Befund jedoch in Deutschland aus: 35% der Ostdeutschen und sogar 42% der Westdeutschen beurteilen die Qualität der stationären Pflege als ‚ziemlich schlecht‘ oder ‚sehr schlecht‘. Schlechter als in Westdeutschland wird die Qualität der stationären Pflege damit nur in den osteuropäischen Ländern sowie in Griechenland und Italien bewertet! Die Vermutung liegt nahe, dass die Negativsicht der Deutschen mit tatsächlichen Mängeln in der stationären Pflege in Zusammenhang steht. In der politischen Diskussion steht die Qualitätssicherung ambulanter Pflegedienste gegenwärtig im Mittelpunkt, während aus Sicht der Bevölkerung aber vor allem in der stationären Pflege Handlungsbedarf besteht.

Ambulante und stationäre Pflegedienste vor allem für niedrige Einkommens- und Bildungsgruppen nicht erschwinglich

Die bisherigen, aber auch weiterführende Analysen³ liefern Anhaltspunkte dafür, dass die Präferenzen für bestimmte Pflegeformen eng mit den wahrgenommenen Pflegebedingungen korrespondieren. In Ländern mit einer starken Präferenz für ambulante Pflegedienste werden auch die Zugangsmöglichkeiten und die Qualität dieser Pflegeform positiv bewertet und auch eher als erschwinglich eingeschätzt.

Umgekehrt wird die professionelle ambulante Pflege in den Mitgliedsstaaten weniger präferiert, in denen sie negativ wahrgenommen wird. Im folgenden Abschnitt wird nun der Frage nachgegangen, ob sich neben den Länderunterschieden soziale Gruppen identifizieren lassen, die bestimmte Pflegeformen besonders präferieren und die ambulante und stationäre Pflegepraxis besonders kritisch wahrnehmen.

In Tabelle 1 sind die Pflegepräferenzen sowie die subjektiven Indikatoren zu Zugang, Qualität und Erschwinglichkeit stationärer und ambulanter Pflegedienste EU-weit nach zentralen soziodemographischen Merkmalen gruppiert dargestellt.

Während Frauen allenfalls die Erschwinglichkeit stationärer Pflege geringer einschätzen, sich sonst jedoch nicht in ihren Pflegepräferenzen von den Männern unterscheiden, bestehen zwischen den Älteren und Jüngeren größere Unterschiede in den Einschätzungen und Erwartungen: Junge Menschen, für die Pflege meist weniger relevant ist, äußern verstärkt den Wunsch im Fall von Pflegebedürftigkeit durch Verwandte häuslich gepflegt zu werden und nehmen ambulante und stationäre Pflegedienste weniger kritisch wahr. Zwar überwiegt bei den Älteren ebenfalls der Wunsch, in der eigenen Wohnung durch Familienangehörige gepflegt zu werden, aber gerade im Vergleich zu den 15- bis 24-Jährigen (18%) bevorzugen die über 55-Jährigen (26%) häufiger die ambulanten Pflegedienste. Die Tatsache, dass 56% der Jüngeren die stationäre Pflege für zu teuer halten, während Pflegeheime immerhin von 68% der Älteren für nicht erschwinglich gehalten werden, mag daran liegen, dass junge Menschen oft weder als direkt Betroffene noch durch ihre Eltern oder Lebenspartner mit Pflegebedürftigkeit und den damit verbundenen Kosten konfrontiert wurden.

In allen Einkommens- und Bildungsgruppen überwiegt zunächst der Wunsch nach häuslicher Pflege durch Familienangehörige. Mit der Höhe des (Arbeits-)Einkommens und der Bildung verstärkt sich jedoch deutlich die Präferenz für ambulante Pflegedienste, obwohl der Zugang und die Qualität professioneller ambulanter Dienste vergleichsweise häufig kritisiert werden. Die ausgeprägte Präferenz für ambulante Dienste bei Besserverdienenden und Höhergebildeten hängt sicherlich mit der leichteren Erschwinglichkeit auch gehobener ambulanter Pflegeformen zusammen.

Mit der Haushaltsgröße und der damit wachsenden Stärke des Familienverbundes ergeben sich familiäre Pflegeoptionen, die in Einpersonenhaushalten in der Regel nicht bestehen. Dies schlägt sich bei Personen, die in Mehrpersonenhaushalten leben, offensichtlich in einer starken Präferenz für die Pflege durch Familienangehörige nieder. Während lediglich 34% der alleinlebenden Personen die Pflege zuhause durch einen Verwandten für die beste Pflegeoption halten, bevorzugen 54% der

Personen in größeren Haushalten (4 Personen und mehr) diese Pflegeform. Mehrpersonenhaushalte nehmen ambulante Pflegedienste im Vergleich zu kleineren Haushalten dabei keineswegs besonders kritisch wahr.

Die Pflegepräferenzen und die Wahrnehmung der Pflegepraxis variieren zudem mit der Wohnortsgröße. Großstädter präferieren seltener die häusliche Pflege durch Verwandte als Personen, die in dörflichen Gebieten leben. Die Erschwinglichkeit stationärer Pflege ausgenommen, werden die professionellen ambulanten und stationären Pflegedienste in den Großstädten wesentlich stärker kritisiert als in kleineren Gemeinden. Besonders groß sind die Unterschiede bei den Qualitätseinschätzungen der professionellen Pflegedienste: Während die Qualität der ambulanten Pflegedienste von 42% und die der stationären Pflegedienste von 45% der Großstädter für schlecht gehalten wird, sind es in den dörflichen Gebieten 31% (ambulante Pflegedienste) bzw. 32% (stationäre Pflegedienste) der Befragten. Unter der Voraussetzung, dass sich die Qualitätsbewertungen auf die Pflegedienste in der näheren Wohnumgebung bzw. der Gemeinde beziehen, liegt die Vermutung nahe, dass die regionalen Unterschiede in der wahrgenommenen Qualität ambulanter und stationärer Pflegedienste

tatsächliche Qualitätsunterschiede zwischen dörflichen und großstädtischen Gebieten widerspiegeln.

Erbrachte Pflegeleistungen von Familienangehörigen in Ost- und Südeuropa besonders hoch

Die Umsetzung des häufig gewünschten familialen Pflegearrangements setzt voraus, dass die Familienangehörigen im Bedarfsfall auch die Pflege leisten, die an sie herangetragen wird. Deshalb wird abschließend der Frage nachgegangen, ob die tatsächliche familiäre Pflegeleistung in den Mitgliedsstaaten besonders ausgeprägt ist, in denen die Pflege durch Familienangehörige stark gewünscht wird. Bei 22% aller Befragten war in den letzten 10 Jahren Pflegebedürftigkeit in der Familie aufgetreten. In 91% dieser Fälle übernahmen die Befragten verschiedene Pflegeleistungen.

Die Art der Einbindung in die Pflege fällt zwischen den EU-Mitgliedsstaaten recht unterschiedlich aus. In den osteuropäischen Mitgliedsstaaten wird die familiäre Pflege nicht nur besonders stark gewünscht, die Bevölkerung ist in diesen Ländern im Bedarfsfall auch wesentlich stärker in die Pflege von Familienangehörigen involviert. Ein Blick auf

erbrachte Pflegeleistungen verdeutlicht, dass die familiäre Pflege in den osteuropäischen Ländern wesentlich häufiger intensivere Pflegeleistungen, wie „Waschen“, „Füttern“, „Anziehen“ und „auf Toilette bringen“ umfasst als in den west- und nordeuropäischen Mitgliedsstaaten (Tabelle 2). Mit wenigen Ausnahmen werden in den neuen 12 Mitgliedsstaaten meist mehr als 60% der Pflegebedürftigen durch ihre Familienangehörigen auch intensiv gepflegt. Bis auf Italien werden die Pflegebedürftigen in den südeuropäischen Ländern durch ihre Angehörigen ebenfalls häufiger intensiv betreut als im Durchschnitt der EU-27.

In vielen Ländern, in denen die familiäre Pflegepräferenz weniger ausgeprägt ist und umgekehrt mehr professionelle Pflegeformen vorhanden sind sowie keine gesetzlichen Verpflichtungen der Kinder gegenüber pflegebedürftigen Eltern bestehen, sind auch die Pflegeleistungen in der Bevölkerung geringer. Lediglich bei rund einem Drittel der Schweden, Dänen und Niederländer, die von einem Pflegefall in der Familie berichten, geht die Pflege über einfachere Tätigkeiten wie Einkaufen und Putzen hinaus. 22% der Dänen waren im Bedarfsfall überhaupt nicht in die Pflege des Partners oder eines Familienangehörigen involviert. In Deutschland sind die privat

Tabelle 1: Pflegepräferenz und wahrgenommene Pflegepraxis in verschiedenen Bevölkerungsgruppen in der EU insgesamt

	Pflegepräferenz					Schlechte Qualität		Schwieriger Zugang		Nicht erschwinglich	
	Pflege zu Hause			Bei einem nahen Familienmitglied	In einer Einrichtung für längere Pflege	Ambulante Pflege	Stationäre Pflege	Ambulante Pflege	Stationäre Pflege	Ambulante Pflege	Stationäre Pflege
	durch einen Verwandten	durch einen profession. Pflegedienst	durch privat organisierte Pflegekraft								
<i>Geschlecht</i>											
Mann	46	23	11	5	8	35	36	38	41	51	63
Frau	45	25	13	6	8	36	38	38	44	56	69
<i>Alter</i>											
15-24	49	18	12	8	6	33	32	35	36	48	56
25-54	47	24	11	5	7	37	39	40	44	55	67
55+	42	26	13	5	9	33	36	37	43	54	68
<i>Arbeitseinkommen - nur Erwerbstätige</i>											
1. Quartil	48	24	11	5	8	31	34	35	42	53	68
2. Quartil	45	27	12	5	8	33	33	33	40	52	64
3. Quartil	45	27	12	4	7	30	37	34	41	49	63
4. Quartil	44	27	13	5	8	38	38	38	44	48	63
<i>Bildung</i>											
Niedrig	49	22	9	6	8	34	37	37	44	58	70
Mittel	48	23	11	5	8	35	36	38	44	56	69
Hoch	38	30	15	4	8	37	38	38	41	48	61
<i>Haushaltsgröße</i>											
1 Person	34	30	14	5	10	35	37	37	41	54	64
2 Personen	46	25	12	5	7	35	36	38	43	54	68
3 Personen	50	20	11	6	7	37	38	39	43	56	66
4+ Personen	54	16	9	7	6	34	36	40	43	50	63
<i>Gemeindegröße</i>											
Ländliche Gegend	48	23	11	6	8	31	32	37	43	50	66
Klein-/Mittelstadt	45	24	12	5	8	34	36	38	41	54	66
Großstadt	43	25	12	6	7	42	45	40	45	57	67

Einkommen: Persönliches Bruttoeinkommen durch Beschäftigung (ohne Italien). Haushaltsgröße: Anzahl der Personen im Haushalt älter als 15 Jahre. Bildung: Alter bei höchstem Bildungsabschluss: niedrig = bis 15 Jahre, mittel = 16-19 Jahre, hoch = 20 Jahre und älter.

Datenbasis: Eurobarometer 67.3 (Herbst 2007)

Tabelle 2: Erbrachte Hilfeleistung bei Pflegebedürftigkeit eines Familienangehörigen

	Hilfe- oder Pflegebedürftigkeit eines Familienangehörigen	nicht in Hilfe involviert	Erbrachte Hilfeleistungen	
			Leichte Unterstützung	Intensivere Pflege
Dänemark	28	22	59	32
Schweden	29	8	66	33
Niederlande	30	8	62	37
Frankreich	27	10	60	39
Finnland	28	5	63	42
Irland	18	6	64	48
Vereinigtes Königreich	24	15	77	48
Deutschland Ost	19	13	70	49
Österreich	18	15	74	50
Lettland	17	4	87	50
Polen	23	4	68	51
Italien	18	6	67	51
Portugal	17	2	54	53
Belgien	32	7	69	53
Luxemburg	23	11	69	54
Deutschland West	22	9	65	57
Slowakei	21	7	73	58
Slowenien	19	3	75	59
Tschechische Republik	20	7	81	59
Griechenland	23	3	84	61
Ungarn	21	13	81	63
Estland	22	7	79	63
Rumänien	16	10	82	64
Spanien	21	3	66	65
Bulgarien	18	1	90	68
Malta	26	9	74	70
Litauen	19	4	93	71
Zypern	26	4	68	74
EU-27	22	8	69	51

Pflegeleistung: „Haben Sie oder jemand, der Ihnen nahesteht, in den letzten zehn Jahren schon einmal regelmäßig Hilfe oder längere Pflege benötigt? Falls Sie mehrere Personen kennen, die regelmäßige Hilfe oder längere Pflege benötigt haben, denken Sie bitte an die Erfahrung, die Sie persönlich am stärksten betroffen hat. Bitte nennen Sie mir gegebenenfalls auch die Beziehung, in der Sie zu der Person stehen, die Pflege benötigt hat“

„Leichte Unterstützung“: Einkaufen, Putzen, finanzielle Dinge regeln. „Intensivere Pflege“: Füttern, Waschen, Anziehen, Toilette. Mehrfachnennungen möglich

Datenbasis: Eurobarometer 67.3 (Herbst 2007)

(2050: 29%; 2005: 15%) und Dänemark (2050: 29%; 2005: 21%) prognostiziert, während in Spanien (39%; 2005: 22%) und Italien (39%; 2005: 25%) sowie Rumänien (2050: 39%; 2005: 19%) und Bulgarien (2050: 40%; 2005: 23%) die höchsten Anteile erwartet werden (United Nations, 2007).

- 2 Nach der aktuellen Pflegestatistik des Statistischen Bundesamtes (2007) waren Ende 2005 in der höchsten Pflegestufe (III) für vollstationäre Pflege und Unterbringung im Mittel monatlich 2.706 Euro an das Pflegeheim zu entrichten, wobei die Kosten zwischen den Bundesländern erheblich schwanken (Sachsen und Sachsen-Anhalt: 2.250 Euro; Nordrhein-Westfalen: 3.101 Euro).
- 3 Auf den engen Zusammenhang zwischen Pflegepräferenzen und wahrgenommener Pflegepraxis weisen nicht nur die dargestellten deskriptiven Ergebnisse hin, sondern wird durch multivariate Analysen auf der Individualebene belegt.

Berger-Schmitt, Regina, 2003: Geringere familiäre Pflegebereitschaft bei jüngeren Generationen. Analysen zur Betreuung und Pflege alter Menschen in den Ländern der Europäischen Union, Informationsdienst Soziale Indikatoren 29: 12-15.

Esping-Andersen, Gøsta, 1990: *The Three Worlds of Welfare Capitalism*. Cambridge.

Statistisches Bundesamt, 2007: *Pflegestatistik 2005, Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung, Deutschlandergebnisse*.

Statistisches Bundesamt, 2008: *Demographischer Wandel in Deutschland. Auswirkungen auf Krankenhausbehandlungen und Pflegebedürftige im Bund und in den Ländern*. Heft 2.

United Nations, 2007: *World Population Prospects: The 2006 Revision*. New York.

■ Jörg Dittmann, GESIS-ZUMA

Tel. 0621 / 1246-248

Joerg.Dittmann@gesis.org

erbrachten Pflegeleistungen umfassender als im Durchschnitt der alten EU-15. So schließt die Pflege von Familienangehörigen in den alten Bundesländern in knapp 60% der Fälle und in den neuen Bundesländern in 54% der Fälle intensive Pflegeleistungen ein. Insgesamt ergibt die Verteilung der erbrachten Pflegetätigkeiten eine ähnliche Länderstruktur wie für die Pflegepräferenz.

Unsere Analysen zur Pflege haben beachtliche Wahrnehmungs- und Einstellungsunterschiede in der EU-27 dargelegt, wobei die Länderunterschiede weitgehend der Wohlfahrtstypologie von Esping-Andersen entsprechen. Trotz der Zunahme öffentlicher und privater Pflegedienste dominiert in Deutschland wie auch in den meisten statuskonservierenden, ex-sozialistischen und südeuropäischen EU-Mitgliedsstaaten der Wunsch nach häuslicher familialer Pflege. Die Analysen zur Wahrnehmung und Bewertung der Pflegesituation lassen vermuten, dass selbst bei zunehmender

Präferenz für ambulante Pflegedienste die Inanspruchnahme professioneller Dienste an deren Erschwinglichkeit scheitern wird, die von den Deutschen noch stärker als in den meisten EU-Ländern sehr kritisch eingeschätzt wird. Man darf gespannt sein, wie der zukünftig wachsende Pflegebedarf die Wahrnehmung der Pflegesituation und die Erwartungshaltungen gegenüber professionellen Pflegediensten in Deutschland und Europa verändern wird.

- 1 Der Anteil der Pflegebedürftigen wird sich allerdings unterschiedlich verändern, denn bereits heute gibt es hinsichtlich der Altersstruktur der Bevölkerung erhebliche Unterschiede zwischen den Ländern der EU. Bevölkerungsvorausschätzungen der UN für das Jahr 2030 kommen auf einen Anteil der 60-jährigen und älteren Bevölkerung von 37% in Deutschland gegenüber 25% im Jahr 2005. Niedrige Anteile der 60-Jährigen und Älteren werden für Luxemburg (2050: 25%; 2005: 19%), Irland